

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/81

Hannover, 7. Oktober 1947  
Telefon 20951/52

## Die SED - zwei Jahre später

=====

K.W. Von jenem "Vereinigungsparteitag" im Jahre 1946 bis zu dem im September 1947 geht der Weg der SED, der immer geradliniger der Weg einer bedingungslosen Staatspartei wurde. Knappe eineinhalb Jahre haben ausgereicht, um aller Welt unmissverständlich vor Augen zu führen, dass die SED nicht nur wie die frühere KPD unter dem Einfluss Moskaus steht, sondern heute sogar noch, nach der Anwesenheit Russlands in Deutschland, zur Partei einer Besatzungsmacht geworden ist. Und deshalb war denn auch der ganze Berliner Parteitag ein einziger Affront gegen den Westen und gegen die westlichen Besatzungsmächte. In den vordergründigsten Reden der Referenten taucht die gleichen Argumentationen auf, die heute die russische Polemik gegen die Westmächte bestimmen in einem solchen Maße, dass vielfach der Eindruck entateten wurde, es handele sich gar nicht um den Parteitag einer deutschen Partei.

Unser auffällender war es, dass die Domäne der SED, die Ostzone, überhaupt nicht Gegenstand irgendwelcher kritischer Betrachtungen war. Es wurde fünf Tage lang das Lied vom "Rückschritt" des Westens gegenüber dem "Fortschritt" des Ostens gesungen. Die Auseinandersetzung mit der Frage von Sozialismus und menschlicher Freiheit, die heute dank des Vormarsch der totalitären Regime zum Schlüsselproblem der Gegenwart geworden ist, wurde auf einige dogmatische Gemeinplätze erniedrigt und beschränkt. Angesichts solcher tödlichen Prinzipienstarrung hatten billige Effekte wie die Bezeichnung Zick als des "Vaters der Einheit" und Grotewohl als des "Befehlshaber der Gegenwart" beinahe peinlichen Klang.

1946 war der SED geweissagt worden, dass sie ein Jahr später überall in Deutschland nur innerhalb der SED vorhanden sein würde. Im Herbst 1947 sah sich diese SED nicht nur vor eine sehr ernüchternde Bilanz solcher Prophezeiung gestellt - sie trug auch von Woche zu

Woche die schwerer ins Gewicht fallende Belastung, die die freiheitsfeindliche Entwicklung der Ostzone kennzeichnet, andererseits besteht kein Zweifel, dass der sich immer unverhohlener gebärende Staatssozialismus und Polizeitotalitarismus der SED dem Sozialismus die hinderlichsten Feinde geworden sind. Damals, im Maienmonat der Zwangsverschmelzung, schien der Patriotismus der SED mit seinem deutschen Einheitsenthusiasmus noch das Element, das ihn in ganz Deutschland Freunde bereiten konnte. Heute wissen Deutschland und die Welt, dass die Einheit gegen die SED und ihre lärmende Einheitsplatte hergestellt werden muss. Inzwischen haben selbst die bürgerlichen Parteien, die in der Ostzone mit ihrer Kompromissbereitschaft Programm und Selbständigkeit zu Grabe trugen, erfahren müssen, was "demokratische Zusammenarbeit" im Sinne der SED bedeutet.

Doch der eiserne Vorhang, der zwischen den Zonen heruntergerollt wurde, ist durchlässig genug, um den ungeheuren Widerspruch zwischen der geradezu wütenden Propaganda der kommunistischen SED und ihrer totalitären Wirklichkeit sowie der dahinter auftauchenden wirtschaftlichen Ernüchterung aufzuzeigen. In Berlin war die SED, so sehr sie auf die Delegierten aus Russland und einigen sowjetisch kontrollierten Ländern hinwies, allein sie lobte sich, ohne dabei recht froh zu werden. Sie nannte Mitgliederziffern von schwindelnder Höhe, ohne zu sagen, dass sie die mit allen Mitteln und von der Besatzungsmacht begünstigte Zonenpartei sei. Sie erliess Manifeste an das deutsche Volk, und sie wusste, dass dieses deutsche Volk nüchtern genug geworden ist, sich nicht noch einmal unter das Joch zu beugen. Sie hatte Papier, Fahnen, Broschüren und Aufwand wie nur je eine totalitäre Partei, und die ehemalige deutsche Hauptstadt, die ihr im vorigen Oktober jene überwältigende Absage erteilt hatte, ignorierte sie.

Das schlaue Experiment mit der "sozialistischen Einheit" ist gründlich an der sozialistischen Einsicht des Volkes gescheitert. Der große Gedanke, so böse kompromittiert, wird nach solchen Erfahrungen kaum haben, im reineren Gefäss und mit lauterer Absichten Wirklichkeit zu werden. Doch die politische Vernunft und die angestrenzte Kraft, der Freiheit und dem Sozialismus in diesem von Machtansprüchen bedrängten Chaos des Nachkriegs die Strasse zu ebnen, werden schliesslich triumphieren. (b/B3a/710/1/he)

Bevorstehende Wahlen in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Am 19. und 26. Oktober finden in ganz Frankreich Gemeindewahlen statt, die dieses Jahr weit mehr als lokale Bedeutung haben. Ihr Ausgang vermag die Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidend zu beeinflussen.

In den Gemeinden mit mehr als 9.000 Einwohnern werden die Vertretungen in einem einzigen Wahlgang nach dem Verhältnissystem bestimmt. In den kleineren Gemeinden dagegen wurde das Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen aufrechterhalten. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit erforderlich, während im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit genügt. Für diese kleineren Gemeinden ist daher bereits von Wahlkoalitionen zwischen den einzelnen Parteien die Rede. Allein die Kommunisten haben bisher in dieser Frage eindeutig Stellung genommen, d.h. sie verlangen nach ihrer bekannten Taktik den Zusammenschluss der sogenannten demokratischen Kräfte gegen die "Reaktion".

Die Sozialisten haben wenig Neigung, derartigen Volksfrontlisten ihre Zustimmung zu geben. Die Radikalsozialisten werden sich, je nach den örtlichen Gegebenheiten, mit allen Parteien zusammenschließen, von den Gaullisten bis zu den Kommunisten, vielleicht mit Ausschluß der ihnen allzu kirchlichen Republikanischen Volksbewegung. Diese letztere Partei hat jede Zusammenarbeit mit der gaullistischen Bewegung abgelehnt und wünscht eine Auflösung der Wahlkoalitionen an die jetzige Regierungskoalition, mit Kampffront gegen Kommunismus und Gaullismus.

All diese taktischen Kombinationen für die kleineren Gemeinden mit weniger als 9.000 Einwohner sind jedoch weniger wichtig als die allgemeine politische Tragweite der Gemeindewahlen. Sozialisten und Republikanische Volkspartei haben vergebens versucht, der Abstimmung ihren lokalen Charakter zu bewahren und die Wähler lediglich über Fragen der Gemeindepolitik entscheiden zu lassen. Frankreich steht wirtschaftlich, innen- und außenpolitisch vor so schwerwiegenden Problemen, daß jede Volksbefragung zwangsläufig von der Staatspolitik beherrscht wird.

In diesem Sinne sind die kommenden Gemeindewahlen eine Kraftprobe für die noch kaum ein Jahr alte Vierte Republik. Sozialisten, Volkerepublikaner und mit gewissen Vorbehalten auch die radikalsozialisten müssen die Republik zur Linken gegen den Kommunismus und zur Rechten gegen den Gaullismus verteidigen. Die Wähler sollen sich für eine der drei Lösungen entscheiden. Man darf nur hoffen, im Interesse Frankreichs und Europas, daß das Ergebnis der Wahlen nicht eine negative Mehrheit der unvereinbaren Extreme von Links und Rechts sein wird. Frankreich braucht heute in der Tat nichts dringender als politische Stabilität.

Die Entscheidung für den Kommunismus bedeutet heute in Frankreich Bekenntnis zur "Volksdemokratie" östlicher Prägung, Verzicht auf den Marshall-Plan und aussenpolitische Abhängigkeit von Moskau. Die Entscheidung für den Gaullismus ist die steril-antikommunistische Bindung Frankreichs an den Westen, zusammen mit der Billigung eines autoritären Regimes, das sehr wohl in dem Abenteuer der Diktatur enden kann. Beide Extreme verlangen von ihren Wählern eine Blankovollmacht für die Beschränkung der Freiheit. Vom europäischen Standpunkt aus wäre der Erfolg des Kommunismus selbenschwärend der Sieg des Gaullismus, der in seinen Auswirkungen sehr wahrscheinlich auf Frankreich beschränkt bliebe, während es das Ziel der Kommunisten ist, die Einheit Europas, wie man sie sich im Westen vorstellt, unmöglich zu machen.

Es ist gewagt, Wahlprognosen zu stellen, besonders in einer Zeit grösster wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politisch-geistiger Verwirrung. Leidenschaften und rein sentimentale Reaktionen übertönen leider noch all zu oft die Stimmen der Vernunft.

Sozialisten und Volksrepublikaner sind durch eine recht unpopuläre und mitunter völlig unverständliche Regierungspolitik belastet. Ihre politische Anständigkeit und ihre Aufrichtigkeit werden wohl kaum in Zweifel gestellt, die Erfolge oder Misserfolge fallen aber stets schwerer ins Gewicht als selbst die besten Absichten. Ein Rückzug nach den Extremen wäre unter diesen Umständen nicht überraschend. Man nimmt aber im allgemeinen an, dass die Gemeindewahlen trotzdem weder zu einem Triumph des Kommunismus noch des Gaullismus werden.

Die Kommunisten haben in den letzten 18 Monaten 20 bis 30 Prozent ihrer Parteimitglieder verloren. Die Führer haben auf dem letzten Parteitag den Ernst der Lage keineswegs verheimlicht. Ein Teil der Arbeiterschaft hat das Vertrauen in die Kommunisten verloren. Der beste Beweis hierfür ist das Entstehen autonomer, politisch unabhängiger Gewerkschaften. Bauern und Bürger werden sich vielleicht der Gefahr des möglichen Verlustes der amerikanischen Hilfe bewusst. Die Hinrichtung Zetkoffs und die immer betontere geistige Abhängigkeit der Kommunisten von Moskau dürfte ebenfalls auf Wählerwahlen erhellend wirken.

General de Gaulle ist zweifellos eine sehr angesehene und geachtete Persönlichkeit, aber er ist viel zu sehr Aristokrat, um in dem grunddemokratischen Frankreich populär zu sein. Die von ihm vorgeschlagenen Lösungen sind so allgemein gehalten, dass niemand weiss, was er eigentlich will, von der Stärkung der Autorität abgesehen. Bis jetzt konnte die gaullistische Bewegung nur in den Gegenden Frankreichs, wo die Rechtsparteien immer verhältnismässig stark waren, Fuss fassen. Der Gaullismus hat wahrscheinlich nur dann eine politische Zukunft, wenn Frankreich ernstlich von einer akuten, kommunistischen Gefahr bedroht wird.

Die bisherigen Wahlen haben bewiesen, dass die grossen Parteien im allgemeinen über eine ziemlich standfeste Anhängerschaft verfügen. Bei den kommenden Gemeindewahlen könnte das erneut bestätigt werden, in dem Sinne, dass die Kräfteveränderung einen Satz von fünf bis fünfzehn Prozent nicht überschreiten wird. (b/716/1/ke)

André Malraux und die Kommunisten

André Malraux gehörte in den dreissiger Jahren zu den revolutionären Schriftstellern Frankreichs. Er begründete seinen Ruhm mit einem aufsehenerregenden sozialen Roman "La condition humaine". Später nahm er als Mitglied der kommunistischen Partei auf der republikanischen Seite führend am spanischen Bürgerkrieg teil. Bei Kriegsbeginn hat André Malraux dann die kommunistische Partei verlassen und ist schliesslich jetzt im Lager de Gaulles gelandet. Diese starke Schwankung nach rechts wird übrigens von vielen Freunden Malraux' aufrichtig bedauert. In der gaulistischen Bewegung spielt Malraux die Rolle des Propagandachefs. Seine politische Überzeugung hat er jüngst in einer Rede in folgendem Satz zusammengefasst: "Die Demokratie ist nur in den Ländern möglich, wo es keine kommunistische Partei gibt." A.F.

Neuwahl in Dänemark

Von unserem dänischen K.K.-Korrespondenten

Am 3. Oktober wurde das Schicksal der Regierung Knud Kristensen entschieden: die Mehrheit des Parlaments, bestehend aus Sozialdemokraten, Radikalen und Kommunisten, entzog ihr das Vertrauen. Der dänische Reichstag wird am 20. Oktober neu gewählt werden.

Der Sturz der Regierung Kristensen schliesst eine eigentümliche Periode in der dänischen Politik ab. Bei den Wahlen am 30. Oktober 1945, den ersten nach der Befreiung, verlor die Sozialdemokratie 18 Sitze, während die Kommunisten und die bauerliche Venstre-Partei namhafte Gewinne buchen konnten. Die Mandatsverteilung sah so aus:

Sozialdemokraten	48
Radikale	11
Kommunisten	18
Venstre	38
Konservative	26
Gerechtigkeitsverband	3
Dänische Sammlung	4
Färöer-Inseln	1

Der Wahlausgang hinderte die Sozialdemokratie, in der Regierung mit zureichender politischer Stärke teilzunehmen. Die Venstre-Partei bildete eine Minderheitsregierung, die zwar von einer politischen Krise zum anderen stürmte, immer jedoch von Radikalen und Konservativen gerettet wurde. Eine der wichtigsten Streitfragen, welche die Existenz der Regierung Kristensen wiederholt gefährdete, war die Stellungnahme gegenüber Süd-Schleswig. Während Sozialdemokraten, Kommunisten und zum grossen Teil auch Radikale eine Grenzänderung zu Ungunsten Deutschlands energisch ablehnen, vertreten Venstre und Konservative die Meinung, man solle in dieser Frage in Dänemark eine Volksabstimmung durchführen und die Eingliederung der Provinz Südschleswig in den dänischen Staatsverband anstreben. Ministerpräsident Kristensen hat die Vereinbarungen, die zwischen den verschiedenen Parteien in der Südschleswig-Frage getroffen wurden (sie gingen davon aus, dass die Grenze nicht geändert werden sollte) immer wieder durch aktivistische Ausserungen gebrochen. Da die Radikalen jedoch keine Lust hatten, wegen Südschleswig Neuwahlen zu provozieren, durfte Kristensen bisher im Amt bleiben. Nun aber hat die schlechte Wirtschaftspolitik der Regierung die Radikalen so erzürnt, dass sie selbst den Misstrauensentwurf gegen Kristensen

einbrachten. Die dänische Wirtschaft befindet sich in einem Krisenzustand, der zwar durch ausländische Faktoren mitbedingt ist, zu einem ansehnlichen Teil jedoch auf die Unentschlossenheit und Unfähigkeit der Regierung zurückzuführen ist. Übrigens hat auch der sozialdemokratische Misstrauensantrag nicht die Südschleswig-Frage zur Grundlage, sondern die Wirtschafts-, Sozial- und vor allem die Finanzpolitik der Regierung. Dennoch wird das Südschleswig-Problem im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Dafür wird der verantwortungslose Eifer der dänischen Nationalisten sorgen.

Die dänische Sozialdemokratie hat allen Grund, der Parlamentswahl mit Zuversicht entgegenzusehen. Die Neuwahlen, die in der letzten Zeit in den verschiedenen Gewerkschaftsvorbänden durchgeführt wurden, zeigten einen ständigen Rückgang des kommunistischen Einflusses. Bei den Landstingwahlen am 1. April 1947, an denen nur die Hälfte der Bevölkerung teilnahm, stieg der sozialdemokratische Stimmenanteil auf 42,4% gegen 33% bei den Reichstagswahlen 1945. Dagegen sank der Anteil der Kommunisten von 15,5 auf 10,1%. Die Venstre-Partei konnte sich ausgezeichnet behaupten, während ihre beiden Stützparteien (Konservative und Radikale) schwere Niederlagen erlitten.

Es ist zweifelhaft, ob es nach den Reichstagswahlen in Dänemark noch eine bürgerliche Mehrheit geben wird. Kein Zweifel aber besteht darüber, dass die Sozialdemokraten nicht mit den Kommunisten zusammengehen werden, auch wenn Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen eine Mehrheit hätten. Die Sozialdemokratie wird voraussichtlich wesentlich gestärkt aus der Wahl hervorgehen, kann aber nicht damit rechnen, allein die Mehrheit zu bekommen. Eine sozialdemokratisch geleitete Regierung wäre also eine Koalitionsregierung ohne Kommunisten. Es liegt die Vermutung nahe, dass die von Sturing eingeleitete Politik der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Bauern fortgesetzt wird.

Jedenfalls wünscht das dänische Volk einen Regimewechsel. Es wird bei den Wahlen vom 28. Oktober dafür sorgen, dass dieser Wechsel kommt. Das Land braucht Energie und planvolle Weitsicht auf ökonomischem Gebiet und weitgehende Klarheit auf außenpolitischem. Man darf hoffen, dass Südschleswig nach den Reichstagswahlen nicht mehr zu nationalistischen Intrigen misbraucht werden wird. (b/a/710/1/nc)

#### Nur 81 Fluchtversuche gelangen

Seit Beendigung der Feindseligkeiten sind, wie Sefton Delmer im "Daily Express" berichtet, von den in England festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen 1.777 Fluchtversuche unternommen worden. Das sind mehr als das Vierfache der Fluchtversuche während des ganzen Krieges. Von den 1.777 Flüchtlingen ist es nur 81 gelungen, ihr Ziel zu erreichen, d.h. nicht mehr eingefangen zu werden. "Jagd auf nahezu 2.000 Deutsche zu machen", bemerkt Sefton Delmer dazu, "kostet viel Polizei und Geld. Das ist sicherlich ein Argument mehr, um jene Gefangenen heimzuschicken, die nicht hier bleiben wollen."

## Aus der französischen Zone

(Mitteilungen und Eindrücke eines englischen Journalisten)

In der liberalen Londoner "News Chronicle" berichtet S.L. Solon von seinen Eindrücken während einer Reise durch die französisch besetzte Zone. Er schreibt darüber u.a.:

"Wenn man sich in Paris damit brüstet, dass die französische Zone es fertig gebracht habe, ihr Budget auszubalancieren und dass die französische Verwaltung dafür gesorgt habe, Deutschland die Kosten der französischen Zone bezahlen zu lassen, so wird das jetzt in Baden-Baden, der hübschen Erholungs-Hauptstadt des französischen Gebietes, mit irgendwelcher Begeisterung nicht wiederholt. Ein französischer Verwaltungsbeamter sagte mir: 'Wir können die Illusion eines balancierten Budgets nicht länger aufrechterhalten. Ein Minimum-Existenz-Standard ist im nächsten Jahr in der französischen Zone nicht länger möglich, solange nicht Zuschüsse von aussenherb zur Verfügung gestellt werden'. Ich fragte, wieviel? 'Wir schätzen auf ungefähr zehn Millionen Dollar', sagte er.

In Baden-Baden erzählt man mir, dass, wie in der englischen und amerikanischen Zone, auch die meisten Lebensmittel zur Versorgung der französischen Besatzungskräfte eingeführt werden. Meine Fahrt durch die Zone hat das nicht bestätigt. In Kamee-Kantinen, Urlaubs-Zentren und in den Heimen der Franzosen bestand die servierte Nahrung in der Hauptsache aus einheimischen Produkten und im allgemeinen übertraf der Ernährungsstandard in diesen Kreisen den entsprechenden in den anderen Zonen. Die Deutschen schätzen, dass täglich ein halbes Pfund Fleisch von den Deutschen für jeden in der Zone lebenden Franzosen geliefert werden muss. Das französische Kind in der französischen Zone erhält mehr als einen Liter Milch täglich, das deutsche Kind erhält dagegen nur ein viertel Liter. Die Deutschen bekommen keine Butter. Eine französische Familie in der französischen Zone dagegen erhält pro Kopf vier Pfund monatlich. Für die Masse der Deutschen in der französischen Zone ist der Ernährungssatz geringer als in den anderen drei Zonen. Analysiert man die gegenwärtigen Rationen, die der Durchschnittsdeutsche bekommt, so zeigt sich klar, dass die offizielle Ration von 1500 Kalorien täglich nicht aufrecht erhalten wird.

Insgesamt scheinen die Spitzen der französischen Verwaltung Männer von Format und beträchtlicher Erfahrung zu sein, von denen viele sich in der französischen Widerstandsbewegung ausgezeichnet haben. Das Kontrollsystem ist indessen so, dass sich enorme Möglichkeiten für Durchstechereien und privaten Verdienst ergeben. Örtliche Administratoren üben weit grössere Macht in der französischen als in der britischen oder amerikanischen Zone aus. Ein französischer Beamter sagte mir offen: 'Um französische Fachleute zu bekommen, greifen wir natürlich auf die französischen Industrien zurück, wo sie beschäftigt sind. Wenn sie nach Deutschland kommen, um in ähnlichen Industrien zu arbeiten, so wäre es unrealistisch, von ihnen zu erwarten, dass sie ihre Interessen in Frankreich vergessen'. (m/B23/1/710/hs)

Ein Landtag streikt

Baden-Baden, h.w. - Der südbadische Landtag war Anfang Oktober zu einer Sitzung einberufen worden, die eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung erledigen sollte. Nicht weniger als 40 Punkte, Anträge und Anfragen vor allem standen zur Debatte. Hauptsächlich sollte eine Aussprache über

Ernährungstragen und die wirtschaftliche Lage des Landes stattfinden. Es fiel jedoch schon bei Beginn der Sitzung auf, dass sowohl der Staatspräsident wie auch eine ganze Anzahl Abgeordneter nicht anwesend waren. Es wurde dann bekannt, dass die französische Militärregierung die Beratung und Beschlussfassung über den grössten Teil der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände verboten hatte oder nur deren schriftliche Beantwortung zulassen wollte. Angesichts dieser Einschränkung seiner Rechte beschloss der Landtag, nicht in eine Beratung einzutreten, sondern sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die Kompetenz des Landtages war schon von Anfang an sehr stark eingeschränkt, indem sich die Militärregierung die Entscheidung über eine grosse Anzahl Gegenstände vorbehalten hatte. Der Landtag beschloss einstimmig die Abgabe folgender Erklärung:

Nach der soeben erfolgten Mitteilung des Herrn Landtagspräsidenten ist die Behandlung verschiedener wichtiger Anträge über die augenblickliche Notlage z.B. auf dem Gebiete der Ernährung, der allgemeinen Wirtschafts- und Lebenshaltung noch nicht zugelassen. Dadurch ist die vom Landtag geplante parlamentarische Aussprache über diese, seine Lebensfrage unmöglich. Der Bulgarische Landtag ist deshalb gezwungen, sich bis auf weiteres zu vertagen." (b/B100/710/1/he)

### Die Sozialdemokratie in Bulgarien

(W.J. - Eigenbericht) Sofia, Ende September

Nach Auflösung der oppositionellen Agrarpartei ergibt es sich, dass die einzige oppositionelle Gruppe die der Sozialdemokraten verblieb. Sie zählt gegenwärtig acht Abgeordnete und steht unter Führung Koetz Baltascheffs. Innerhalb der regierenden "Vaterländischen Front" steht eine andere Gruppe von neun Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei; sie stellt den Minister für Sozialpolitik.

Bei etwaigen Neuwahlen wäre es nun interessant zu beobachten gewesen, ob sich die Stimmen der bisherigen oppositionellen Agrarier auf die Oppositionsgruppe der Sozialdemokraten verlagert hätten, was unter Umständen einem für Bulgarien ungewöhnlichen Anschwellen der Sozialdemokraten geführt hätte, wo bisher diese Partei nur eine bescheidene Rolle spielte. Aller Voraussicht nach wird es zu diesem Vorgange aber nicht kommen, weil das Parlament dem Vernehmen nach seine Sessionsperiode auf mindestens ein Jahr verlängern wird. Es verlautet in politischen Kreisen weiter, dass im Gegenteil mit einer Ausschaltung auch der oppositionellen Sozialdemokraten aus dem parlamentarischen Leben zu rechnen ist. Voraussichtlich wird das Verfahren dabei ein anderes sein, als bei der Auflösung der Agrarpartei.

Es ist zu erwarten, dass man eine verfassungsrechtlich-juristische Knusel finden wird, die es verbietet, dass dieselbe Partei zum Teil als Regierungspartei innerhalb, zum anderen Teile aussserhalb der "Vaterländischen Front" steht. Da der regierungstreue Teil mit neun Abgeordneten gegenüber den acht Oppositionellen die Wahrheit hat, wird man letztere für illegal erklären und auflösen. Wahrscheinlich wird die gegenwärtig noch zu behandelnde Konstitution es überhaupt für unzulässig erklären, dass eine aussserhalb der Regierungsfrent stehende Partei sich in irgendeinem Sinne demokratisch nennt; nur "ausgesprochen reaktionäre" Parteien könnten aussserhalb der "Vaterländischen Front" existieren - und diese zu dulden, sei Bulgarien durch den Friedensvertrag untersagt.

So wird in naher Zukunft die Sozialdemokratie vermutlich nur durch eine regierungstreue Gruppe vertreten sein, wo sie als Kammelbecken irgend einer Opposition nicht fungieren will, wird und kann. (b/A33/510/1/he)